

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Kommunalunternehmen Strukturentwicklung Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm

Spitalstr. 7

Pfaffenhofen

85276

Deutschland

Kontaktstelle(n): Frau Lisa Sutter

Telefon: +49 84414007452

E-Mail: Lisa.Sutter@kus-pfaffenhofen.de

NUTS-Code: DE21J

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.kus-pfaffenhofen.de/>

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E69774437>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Kommunalunternehmen

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Wirtschaftsförderung zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur durch Förderung der Wirtschaft im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Beschilderungsplanung, Marketing, Qualitätssicherung und Erstellung eines Wegepatenkonzeptes für Rad- und Wanderwege im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

98390000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Das Kommunalunternehmen Strukturentwicklung Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm (KUS), welches die Bereiche Wirtschaftsförderung sowie den Bereich Freizeit, Erholung & Tourismus im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm vertritt, startet ein LEADER-gefördertes Folgeprojekt zur bereits abgeschlossenen Radoffensive. Ziel ist die

Planung einer sinnvollen Radwege-Beschilderung für rund 700 Kilometer des bestehenden Radwegenetzes im Landkreis auf Basis bereits bestehender Befahrungsdaten, nebst Abstimmungsarbeiten mit den beteiligten Projektpartnern. Bestandteil des Projektes sind 700 Kilometer bestehendes Radwegenetz, sowie 380 Kilometer bestehendes Wanderwegenetz, mit einer Überschneidung von rund 80 Kilometern.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE21J

Hauptort der Ausführung:

Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Das Kommunalunternehmen Strukturentwicklung Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm (KUS), welches die Bereiche Wirtschaftsförderung sowie den Bereich Freizeit, Erholung & Tourismus im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm vertritt, startet ein LEADER-gefördertes Folgeprojekt zur bereits abgeschlossenen Radoffensive. Ziel ist die Planung einer sinnvollen Radwege-Beschilderung für rund 700 Kilometer des bestehenden Radwegenetzes im Landkreis auf Basis bereits bestehender Befahrungsdaten, nebst Abstimmungsarbeiten mit den beteiligten Projektpartnern. Bestandteil des Projektes sind 700 Kilometer bestehendes Radwegenetz, sowie 380 Kilometer bestehendes Wanderwegenetz, mit einer Überschneidung von rund 80 Kilometern.

Das Projekt besteht aus folgenden Bausteinen:

- Beschilderungsplanung – Radwege • Grundlagenerarbeitung für Materialbestellung – Radwege
- Abstimmungsarbeit – Radwege und Wanderwege • Qualitätskontrolle der Wege nach erfolgter Schilderinstallation – Radwege und Wanderwege • Marketing - Radwege und Wanderwege • Unterstützung bei der Erstellung eines Wegepatenkonzeptes – Radwege und Wanderwege • Implementierung Projektergebnisse in „tourinfra“

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/10/2019

Ende: 30/04/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: ja

Projektnummer oder -referenz:

„Aktiv durch den Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm“

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Der Auftraggeber macht von § 40 Abs. 4 VgV Gebrauch, weil die unionsweite Ausschreibung dieses Auftrags größtmöglichen Wettbewerb generiert. Der von dem Auftraggeber geschätzte Auftragswert liegt unter dem EU-Schwellenwert von derzeit 221.000,- EUR, vgl. § 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

A) Basisinformationen (Firma, Rechtsform, Anschrift) zum Unternehmen des Bieters oder (soweit zutreffend) der Mitglieder der Bietergemeinschaft (kein Formblatt).

B) Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; es ist anzugeben, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (kein Formblatt).

C) Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Unterauftragnehmern ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Unterauftragnehmer auszuführenden Leistungen angeben und die jeweils dafür vorgesehenen Unterauftragnehmer benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten). Der Bieter hat für die Unterauftragnehmer Nachweise zu erbringen, dass auf diese #kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft. Auf Verlangen hat der Bieter #auch weitere geforderte Eignungsnachweise in Bezug auf die Unterauftragnehmer #beizubringen. Nimmt der Bieter im Rahmen einer Eignungslleihe in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben (kein Formblatt).

D) Angaben zur Zugehörigkeit in einer Berufsgenossenschaft, zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister und zur Verpflichtung der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister (Formular Nr. 04).

E) Eigenerklärung, dass kein zwingender Ausschlussgrund (§ 123 Abs. 1 GWB) oder fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt; Erklärung, dass keine rechtskräftige Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 OWiG wegen einer der folgenden Straftaten bzw. nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten vorliegt: (§ 123 GWB):

§ 129 StGB Bildung krimineller Vereinigungen,

§ 129a StGB Bildung terroristischer Vereinigungen,

§ 129b StGB Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland,

§ 89c StGB Terrorismusfinanzierung bzw. Beteiligung an einer solchen Tat,

§ 261 StGB Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte,

§ 263 StGB Betrug,

§ 264 StGB Subventionsbetrug,

§ 299 StGB Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr,

§ 108e StGB Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern,

§§ 333, 334 StGB Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr,
 §§ 232, 233 StGB Menschenhandel,
 § 233a StGB Förderung des Menschenhandels;
 Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §§ 21, 23 Abs. 1, 2 AEntG, §§ 19, 21 Abs. 1, 2 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 98c AufenthG infolge der Belegung mit einer Geldbuße in Höhe von wenigstens 2.500 € bzw. infolge einer rechtskräftigen Verurteilung zu mehr als drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen wegen illegaler Beschäftigung vorliegt und Erklärung, dass daher im Gewerbezentralregister keine Eintragungen bezüglich dieser Vorschriften oder bezüglich § 81 Abs. 1 – 3 GWB vor, die Gegenstand eines Auskunftsanspruchs nach § 150a GewO sein können, vorliegen;
 Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
 Für alle oben genannten Erklärungen ist das Formular Nr. 04 zu verwenden.

- III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
 F) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen (Formular Nr. 04).
- III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
 G) Liste der Referenzen in den letzten drei Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Als vergleichbar gelten Leistungen, welche sich mit der Beschilderungsplanung, sowie Marketing- und Qualitätssicherungsmaßnahmen im Bereich der Rad- und Wanderwege befasst haben. Die Referenzen müssen Angaben zu der Leistung, zum Auftragswert sowie zum Auftraggeber enthalten (Formular Nr. 04).
 H) Angabe der Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte (Formular Nr. 04).
- III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**
- III.2) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**
- III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**
- III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**
 Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) **Beschreibung**
- IV.1.1) **Verfahrensart**
 Offenes Verfahren
- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 09/09/2019

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/10/2019

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 09/09/2019

Ortszeit: 13:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Das Risiko für den rechtzeitigen Eingang liegt beim Bieter.

Die Angebotsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Auf anderem Weg, nicht mit den angegebenen elektronischen Mitteln über das Vergabeportal subreport übermittelte Angebote, wie Post, E-Mails, Fernschreiben, Telegramme, Telebrief, Telex und Telefaxe sind nicht zugelassen. Zusätzliche bzw. ergänzende Angebotsunterlagen auf Datenträgern werden nicht berücksichtigt. Die Unterlagen sind wie durch das Vergabeportal vorgesehen dort einzureichen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Regierung von Oberbayern – Vergabekammer Südbayern

Maximilianstraße 39

München

80538

Deutschland

Telefon: +49 2176-2411

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Fax: +49 2176-2847

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Der Auftraggeber macht von § 40 Abs. 4 VgV Gebrauch, weil die unionsweite Ausschreibung dieses Auftrags größtmöglichen Wettbewerb generiert. Der von dem Auftraggeber geschätzte Auftragswert liegt unter dem EU-Schwellenwert von derzeit 221.000,- EUR, vgl. § 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Regierung von Oberbayern – Vergabekammer Südbayern

München

80538

Deutschland

Telefon: +49 2176-2411

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Fax: +49 2176-2847

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

07/08/2019